

Bezugspreis:

Stückpreis 7.50 Mk., monatlich 2.50 Mk., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 28. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Der mitteldeutsche Streik.

Verhandlungen in Weimar.

Weimar, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das Kabinett wird sich heute noch eingehend mit der Streikfrage befassen...

Man gewinnt den Eindruck, als ob die Entstehung der Streiks teilweise auf ein Missverständnis zurückzuführen ist, das von verantwortungslosen Beamten weidlich ausgenutzt wurde...

Die Kundgebung der Regierung wird, wie man annehmen darf, die Betriebsräte wissen lassen, daß sie an deren Aufrechterhaltung und Ausgestaltung interessiert ist...

Der Generalstreik in Leipzig.

Leipzig ohne Licht.

Leipzig, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Generalstreik ist jetzt hier allgemein. Sowohl die Arbeiterschaft wie das gesamte Bürgerium befinden sich im Ausstand...

Genauso wird in den Gas- und Elektrizitätswerken gefeiert. Infolgedessen ist Leipzig ohne Licht und Kraft. Gestern nacht war Leipzig vollständig in Dunkel gehüllt...

Leipzig, 28. Februar. Die der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat mittelst, sollen heute nachmittag zwischen Vertretern der Reichsleitung und den Streikenden in Halle Verhandlungen beginnen...

Spartakistenverhaftungen in Anhalt.

Ein „wilder“ Zug aus Halle.

Essau, 28. Februar. Laut „Anhaltischer Anzeiger“ wurde gestern abend ein mit Spartakisten und etwa 200 Fahrgästen besetzter „wilder“ Zug, als er die Signalzeichen „Halt“ überfahren hatte, durch Maschinengewehrfeuer der Götlicher Bahnhofsbefehlsung zum Halten gezwungen...

Blockade und Friedensschluß.

Präliminarfrieden in wenigen Wochen.

Auf der Arbeiterkonferenz sagte Lloyd George, die Blockade könne nicht eher aufgehoben werden, als bis Deutschland einen Friedensvertrag unterzeichnet hätte...

Der Münchener Rätekongress.

Vorläufige Vertagung.

München, 27. Februar. Rätekongress. (Schluß.) Lezien erklärte in seiner Rede weiter: Wir wollen die Befreiung des Proletariats, und das heißt nichts anderes als das Verschwinden der Bourgeoisie...

Nach weiterer unzufriedenlicher Debatte teilte der Präsident Soldatenrat Sauer dem Kongress einen Aufruf der bayerischen Abgeordneten in Weimar mit, der u. a. auch die Wiedereinführung des verfassunggebenden Landtages verlangt...

Der Rätekongress erklärt sich mit den Maßnahmen des Zentralrats einverstanden, wonach 1. aus Gründen seiner eigenen Sicherheit in Anbetracht der Volkstimmung der Landtag vorerst vertagt bleibt, 2. die Tagung des provisorischen Nationalrats für geschlossen erklärt wird...

Da inzwischen die Mandatsprüfungskommission mitteilte, daß 78 Anwesende ohne genügenden Delegiertenausweis sind, wurde die Beratung und Abstimmung über diesen wichtigsten Antrag auf morgen zurückgestellt.

Der Rätekongress wurde im Laufe des Freitag vormittags abermals vertagt. Es wurde eine Kommission gewählt, die sich mit dem Antrag des Zentralrats beschäftigen soll.

Die Ansprüche auf deutsches Gebiet.

Saargebiet — Rheinland — Ostfriesland.

Die Territorialfragen kommen in Paris nicht vorwärts, weil — viele Köpfe, viele Sinne — die Vertreter aller der dort beteiligten Regierungen nicht unter einen Hut zu bringen sind...

Hollands Waffenbereitschaft.

Haag, 27. Februar. (Korrespondenzbureau.) In der Zweiten Kammer erklärte der Kriegsminister, er halte den Augenblick für eine Verminderung der Rüstungen noch nicht für gekommen...

Gewitterstimmung.

Man schreibt uns aus Parteikreisen:

Ein Gewitter ist im Anzuge. Die Sturmzeichen, die sich im Süden des Reiches zeigen, drohen auch auf andere Gebiete und von neuem nach Berlin überspringen...

Was sind nun die Ursachen dieser drohenden Entwicklung, die den weiteren Kräfteverfall und damit den unvermeidlichen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens zur Folge haben müssen? Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten auszusprechen...

Es ist ein tragisches Geschick, daß gerade die Sozialdemokratie es ist, die den jämmerlichen Bankrott der alldeutschen Schwerindustriellen und verwandter Kapitalfreier übernehmen mußte. Es ist ein tragisches Geschick, daß durch die Uneinigkeit des Proletariats dieselben Kreise nicht wieder zusammenzuschließen können...

Wer sieht, wach eine Summe von Erbitterung in allen Arbeitern, ob Hand- oder Kopfarbeiter, aufgeschichtet wird, der kann es nicht verhehlen, daß nicht durch ein Rotgesetz oder eine Verordnung der berufenen Stellen schnellstens Abhilfe geschaffen wird...

Es kann also nicht wunder nehmen, wenn die Frage des Mitbestimmungsrechtes als Grundforderung bei den in Kürze zu erwartenden neuen wirtschaftlichen Kämpfen erneut in den Vordergrund treten wird.

Die Hoffnung der Arbeiter auf die Rationalversammlung ist rapide gesunken und nicht wieder gut zu machender Pessimismus hat Platz gegriffen. Es dürfte erwartet werden, daß Rotgesetze über die Fragen des Wohnungswunders, Lebensmittelpreiserhöhung, Arbeitsfragen, Siedlungsfragen, Verbesserung des Arbeiterrechtes, Demokratisierung der Betriebe als das allernotwendigste betreten und zur Durchführung gebracht werden...

Als am 6. Januar die Arbeiter schließend das Reichstagsparlament gegen die irreführenden Genossen umstanden, da haben sie freudig bewegt das Gelöbnis des Genossen Scheidemann entgegengenommen, daß durch die Rationalversammlung durch das demokratische Prinzip den gerechten Forderungen der Arbeiter zum Siege verholfen wird...

Kraftigen Mehrheit nicht mal die demokratischen Forderungen während der verfloffenen Wochen klar präzisiert bekanntgeben konnten, dann ist es an der Zeit, offen auszusprechen, daß zur Freierdung der negativ wirkenden Kraft die Regierungsmitglieder unbedingt zurücktreten müssen in logischer Konsequenz nach parlamentarischen Regeln. Dann werden nur diejenigen wieder die Verantwortung tragen, die uns ins Unglück gestürzt haben. Die Abrechnung des gesamten Proletariats wird dann mit elementarer Gewalt über diejenigen hereinbrechen, die jetzt aus Hartnäckigkeit und crebiler Wehligkeit glauben, dem Volk auch weiterhin alles bieten zu können.

Noch ist es Zeit zur Umkehr, noch ist eine Frist gegeben, andere Wege eingeschlagen und dem Arbeiter das zu geben, worauf er auf Grund seines Lebens und Menschenrechtes zumindest — Anspruch hat.

Zut man es nicht, so wird man auf der anderen Seite einst die versuchten, die diese Warnung nicht beherzigt und lächelnd beiseite gelegt haben.

Eine Zentralkommission für Gebietsfragen.

Clemenceau wieder hergestellt.

Paris, 27. Februar. An der Besprechung der Minister der alliierten Mächte Donnerstag nachmittag über die Bildung einer Zentralkommission für Gebietsfragen und über sonstige Angelegenheiten nahm Clemenceau teil.

Mobilmachung der Jugoslawen.

Der italienisch-jugoslawische Konflikt.

London, 27. Februar. Reuters meldet aus Paris: Da Italien sich endgültig geweigert hat, Wilson als Schlichter zwischen Italien und den Jugoslawen anzuerkennen, haben diese heute auf der Friedenskonferenz die Forderung erhoben, daß der Franzose die Grenze bilden soll. Berichten aus Italien zufolge, ist von den Jugoslawen die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden. Italien hat deshalb die Rückbeförderung der Jugoslawen, die während des Krieges mit Österreich gefangen genommen worden sind, eingestellt.

Die große Arbeitskonferenz in London.

Die Beteiligung der Arbeiter an der Ueberwachung in der Industrie.

London, 27. Februar. Die von der Regierung einberufene große Arbeitskonferenz ist heute vormittag in Westminster unter Vorsitz des Arbeitsministers Sir Robert Horne und im Beisein des Premierministers, des Präsidenten des Handelsamts und des Lebensmittelkontrollors mit über 800 Delegierten eröffnet worden.

Der Vorsitzende sagte, die Fortdauer der Streitigkeiten in der Industrie bedrohe das Leben des Landes. Man müsse daher an die Wurzel des Übels greifen. Er erörterte Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit, die jetzt nicht größer sei als 1914 und geringer als manchmal vorher. Die Preise einiger Lebensmittel würden sofort herabgesetzt werden, andere bald folgen. Die ausschließliche Art, Streitigkeiten in der Industrie zu verhindern, seien die Whitley councils (paritätisch zusammengesetzte Kommissionen, die über alle Arbeitsstreitigkeiten und auch über Produktionsfragen beraten und schließlich wirken), die Beteiligung der Arbeiter an der Ueberwachung der Industrie würde einen großen Fortschritt bedeuten. Zum Schluß kündigte Horne eine Rede Lloyd Georges an.

Der Generalsekretär des nationalen Verbandes der Eisenbahner Thomas unterbreitete im Namen des industriellen Dreiebundes der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter eine Denkschrift, in der die Forderung nach Versinkung der Bergwerke, Eisenbahnen und inländischen und Küstenverkehrsmittel als unabänderlicher Beschluß der beteiligten Arbeiter bezeichnet wird. Der Abgeordnete Ghines sagte, wenn die Arbeitgeber keine vernünftigen Abmachungen mit den Arbeitern treffen wollten, so sei es die Pflicht der Regierung, im Interesse der Nation zu intervenieren.

London, 27. Februar. Die Bergarbeiterkonferenz beschloß, die geplante Arbeiterkundgebung zum Zwecke des Eintritts in den Streik um eine Woche hinauszuschieben.

Shakespeare: „Wie es euch gefällt“.

Deutsches Theater.

„Wie es euch gefällt“ stammt, wie seine geistigen Geschwister: „Was ihr wollt“ und „Viel Lärm um nichts“, wohl aus der Mitte der dreißiger Lebensjahre ihres Dichters, wo dieser von dem Waffengeklirr der Königsdramen noch einmal vor der gewaltigen Phantasie der Komödie, zu den Stimmungen, aus welchen einst sein „Sommernachts Traum“ geboren, zurückkehrt. Georg Brandes in seinem psychologisch-feinen Shakespearestudium hat den Eindruck, der von diesen Schöpfungen der freiesten Laune ausstrahlt, am glücklichsten geschilbert, wenn er da an die seltenen Tage ganz harmonischen und ungetrübten Lebensgefühles erinnert, die jedem da und dort einmal zuteil geworden sind: „Man denke sich die Lebensgefühl hundertmal so kräftig, man stelle sich sein Gedächtnis, seine Einbildungskraft, seine Beobachtungsgabe, seinen Scharfsinn, sein Darstellungsvermögen hundertfach vermehrt vor, so ahnt man Shakespeares Grundempfinden zu jener Zeit, wo die Lichteren, froheren Seiten seines Lebens sich erschlossen hatten. Es gibt ja Tage, wo die Sonne in ihrer Pracht festlich zu strahlen scheint, wo die Luft unsere Wangen küßt und der Mond uns schwärmerisch und süß vorlockt; Tage, wo die Männer einem männlicher und gestreiter und die Frauen schöner und feiner als sonst erscheinen, und wo die Menschen, die einem zuwider oder sogar verhaßt sind, nicht gefährlich, sondern komisch wirken — so daß man sich über sein Leben emporgeschoben, glücklich und frei fühlt. Solche Tage hat Shakespeare nun erlebt.“

Die äußere Handlung, die bunte Fülle der Abenteuer entnahm Shakespeare einem der damals beliebten Schäferromane, Thomas Lodges Erzählung „Kosalande“, in der die Herrlichkeiten eines sentimentalisch ungeliebten Land- und Hirtenlebens gezeichnet und als „Natur“ in dem höfischen Treiben mit seinen kleinlichen Intriguen gegenübergestellt werden. Da gibt es einen tyrannischen Herzog, der Kosalande, seiner Tochter Liebste Freundin, in der plötzlichen Eingebung seines finsternen Argwohn vom Hof verbannt, wie er den Vater schon verbannte. Da giebt das unverzagte Mädchen, in ein Knabenkleid vermommt, von der treuen Freundin und, daß es nicht an Ausweg fehle, vom Narren begleitet, in den Ardennenwald, wo sie dem Vater, im Kreise fehrlicher Gesellen, und einem wackeren, gleichfalls von tyrannischer Gewalt verfolgten Jüngling, begegnet, in den sie sich beim ersten Blick verliebt hat. Da giebt es einen buntdarberigen Hirten, der seine Hühne im latinisierten Modeton der Galanterie anschnarrt, und Hühne wiederum vergafft sich hoffnungslos in den hübschen

Sozialdemokratische Forderungen zur Verfassung.

Aus der Fraktion.

Aus den Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar macht unser Hamburger Parteiorgan, das „Echo“, folgende Mitteilungen:

Der Entwurf der Verfassung hat in der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung eine eingehende und scharfe Kritik gefunden. Die Fraktion verlangt, daß in Titel und Text das Wort „Reich“ durch „Deutsche Republik“ ersetzt wird. Die Zentralgewalt muß veräußert, die Einheitlichkeit gegenüber dem bisherigen bundesstaatlichen Charakter der Verfassung strenger durchgeführt werden, die Zustimmung der Fraktion zum Reichspräsidenten und Reichsrat hängt ab von einer viel engeren Begrenzung ihrer Kompetenzen. Gefordert wird die Wahl des Reichspräsidenten für kürzere Dauer und nicht durch Plebiszit, sondern durch den Reichstag. In den Gliedstaaten sollen keine Präsidenten gewählt werden. Die Sozialisierung muß in der neuen Verfassung gewährleistet und der Reichsgesetzgebung übertragen werden. Die Koalitionsfreiheit, der Schutz der Arbeitskraft, das Recht auf Arbeit und beim Fehlen solcher Arbeit das Recht auf den notwendigen Lebensunterhalt sind festzulegen. Weiter wird gefordert einheitliche Wirtschaftspolitik unter Aufsicht des Reichs und weitgehende Beteiligung der Arbeiterräte bei der Durchführung der Sozialisierung und der Kontrolle der Betriebe.

Das „Hamburger Echo“ bemerkt dazu:

„Was hier auf den ersten Blick zu erkennen ist, das ist das Bestreben, dem sozialistischen Kern der Regierung einen starken unbeweglichen Rückhalt in der Nationalversammlung und im sozialistisch vernünftig denkenden Teil des deutschen Volkes zu vermitteln. Unsere Genossen in der Regierung, die nach Lage der Verhältnisse eine Kompromißregierung bilden mußten, erhalten durch diese klaren und ungewöhnlichen Fraktionsbeschlüsse einen Anknüpfungspunkt für ihre fernere Arbeit, durch den jede Gefahr, die durch solche Kompromißsituation gegeben ist, auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden kann. Für die alte Sozialdemokratie aber bedeutet diese Festigkeit der Fraktion zugleich größere Festigkeit für die Regierung, größeren sozialistischen Wert der Verfassung und wachsendes Vertrauen der Volksmassen zur Arbeit der Sozialdemokratie, die ohne den wahnwitzigen Putschismus dennoch zum Ziele der ökonomischen Befreiung des Proletariats gelangen wird.“

Die republikanische Soldatenwehr.

Eine öffentliche Anfrage an Noke.

In der „Freiheit“ veröffentlicht der Depotsführer Willi Köhner des Depots IIa einen offenen Brief an Noke wegen der geplanten innerhalb von zwei Monaten durchzuführenden Herabsetzung der Staatsstärke von 16.000 auf 10.000 Mann. Köhner schildert die Verhältnisse der Soldatenwehr, die in der Spartaufwoche 16 Tote verloren und die Wunden gesichert habe und die einen freien, aufgestellten Soldatenstand ohne Kadavergehorsam schaffen wolle, und richtet an ihn folgende drei Fragen:

1. Gegen wen richtet sich die Aufstellung der Freiwilligenverbände Berlins, und weshalb dürfen diese ihre Bestände noch erhöhen, indes die R. S. W. reduziert werden soll?
2. Wer zahlt die Reklame in Berlin und der Provinz für diese Verbände?
3. Entsprachen diese Verbände mit ihren Offizieren, Unteroffizieren usw. den Errungenschaften der Revolution besser als die R. S. W. und wie stehen Sie als Sozialist diesen vorrevolutionären Einrichtungen gegenüber?

Nach unserer Auffassung können die künftigen Fragen der militärischen Organisation durch öffentliche Anfragen an übergeordnete Stellen nicht gelöst werden. Die Gefahr, daß die Freiwilligenverbände Politik auf eigene Faust treiben könnten, verstehen auch wir nicht und sind dafür, daß ihr die stärksten Regeln vorgegeben werden. Militärische Formationen, die ihre eigene Politik haben, sind im demokratischen Staat immer ein Unheil, vor dem nur ein Mittel schützen kann: Disziplin unter wachsender

freiwillig gestufter Leitung. Noke darf sich nicht von den Offizieren kommandieren lassen, sondern er muß sie kommandieren und wir hoffen, er tut es. Wenn wir aber von den Freiwilligenverbänden und ihren Offizieren verlangen, daß sie sich unbedingt der Regierung unterordnen, so ist daselbst auch von der republikanischen Soldatenwehr zu verlangen.

Abwanderung aufs Land.

Vom Arbeitsmarkt.

Die Notwendigkeit der Abwanderung von den Städten aufs Land beginnt sich allmählich bei den Arbeitern Beachtung zu schaffen. Ein Beispiel, wie sehr das Angebot von Arbeitskräften für die Landwirtschaft bereits zugenommen hat, gibt der jüngste Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg an, worin 675 Personen angefordert sind, während 566 Personen (davon 43 Prog. Familien) ländliche Arbeit suchen. In Ostpreußen, wo die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften besonders groß ist (rund 3300 offene Stellen) werden vielfach westfälische Arbeiterfamilien, die früher aus der ostpreussischen Landwirtschaft abgewandert sind, wieder untergebracht.

Rechtfertigung der Pressevergewaltigung.

Aus einem Gerichtsbericht der „Freiheit“ geht hervor, daß Dr. Theodor Dieblich in einem der Sozialprozesse die angeklagten Mitglieder der „Vorwärts“-Redaktion auf die Verteidigung verurteilt hat, ihr Vorgehen hätte sich nicht gegen die Pressefreiheit, sondern gegen den Mißbrauch der Presse zur Verbreitung von Lügen gerichtet.

Die logische Folgerung aus dieser Behauptung, die man überhaupt immer wieder von Linkradikalen — bisher allerdings nur von Nichtjuristen — gehört hat, wäre also, daß jeder, der in einer Zeitung Lügen zu finden glaubt, das Recht hat, mit brutaler Gewalt in den Zeitungsbetrieb einzudringen, ihn stillzulegen oder in seinem Sinne umzugestalten.

Die Feststellung, ob eine Zeitung Lügen bringt, wird damit dem Urteil jedes einzelnen Privatmenschen, der im Besitz kräftiger Fäuste oder irgendwelcher erwerbener Waffen ist, übertragen.

Nach der festen Ueberzeugung der Mehrheitssozialisten stehen in den linkradikalen Blättern sehr häufig sogar bewährte Lügen; sie hätten also auch das Recht, diese Zeitungen nach Spartaufweise zu behandeln. Fanatisch verurteilte Menschen sind immer geneigt, in Behauptungen oder Angaben, die für ihre Partei oder Privatmeinung unangenehm sind, Lügen zu erblicken. Die Wahrheit kann nur in einem gründlichen Gerichtsverfahren, durch Zeugen und Gegenzeugen und Sachverständigenurteilen usw., festgestellt werden und auch da nicht immer.

Nicht Wahrheitsliebe, sondern nackte Herrschsucht, schlimmer noch als die des allgewaltigen Preugentums von gestern, besetzt diese Sorte von Kommunisten, mit denen dann — nachher — die offizielle Kommunistenpartei und ihr Organ nichts zu tun haben wollen — um ihr Vorgehen sofort wieder zu billigen, wenn es irgendwo augenblicklich denselben Erfolg hat, wie der Räuber, der beauftragt in das waffenlose Heim eines Bürgers eindringt und dort plündert. Wohin aber soll es führen, wenn jeder Bronningträger zum Richter über die Presse sich aufwirft und auch gleich die Strafvollstreckung übernimmt!

Als die Unabhängigen durch den Belagerungszustand noch an der Herausgabe eines eigenen Blattes gehindert waren — da hätte man denartige Klatsche auf den „Vorwärts“ menschlich noch begreifen können. Heute haben die Linkradikalen mindestens drei Zeitungen in Berlin gegen eine einzige der S. P. D. Sie können offen „Lügen“ nach Herzenslust entgegentreten. Aber es geht ihnen eben nur darum, die Meinungsäußerung der sozialdemokratischen Partei zu erstickeln. Diejenigen aber, die die Gewalt in das politische Leben der deutschen Republik eingeführt haben, schreiben nun über die Gewalt der Abwehr.

Was aber die „Lügen“ betrifft: Mühte sich der „Rat der Arbeitslosen“ nicht über das mit seiner Unübersichtlichkeit versehenen Flugblatt äußern, das mit der faulstichigen Lüge beginnt, der „Vorwärts“ habe die Arbeitslosen verleumdet?

Sicher aber ist dieses: Am allererschlechtesten wäre die Wahrheit aufgehoben, wenn sie zum kontrolllosen Monopolbesitz unduldsamer Fanatiker würde.

Schlüsse bereite das Publikum ihm und seinen Schauspielern die gewöhnlichen Ovationen. Conrad Schmidt

Eine Genossenschaft sozialistischer Künstler.

Uns wird geschrieben:

Wir haben eine Produktgenossenschaft sozialistischer Schriftsteller und Künstler gegründet.

Der Genossenschaft fällt die Aufgabe zu, durch einen technischen und kaufmännisch rationalen arbeitenden Betrieb die künstlerischen Arbeiten der angeschlossenen Genossen zu verwerthen. Auch die Abnehmer sollen Genossen sein und der Genossenschaft mit angehören. Ihr Vorteil besteht darin, daß sie durch die Genossenschaft gute und billige Kunststoffe und sonstige Gegenstände beziehen können. Im Betrieb der Genossenschaft fällt der Verlegerprofit weg. Der Zwischenhandel wird möglichst bei dem Vertrieb ausgeschlossen. Die arbeitenden Genossen gelangen in den Vollbesitz ihres Anteils, der Mehrwert kommt ihnen zu fließen. Junge ringende Künstler und Literaten werden gefördert und zur Anerkennung gebracht. Der Rahmen der Betätigung soll sich im allmählichen Ausbau auf folgende Gebiete erstrecken:

Verlag und Vertrieb schriftlicher, bildnerischer und musikalischer Erzeugnisse. Herausgabe von sozialistischen Zeitschriften, Korrespondenzen, Flugblätter usw. Buchhandel. Vertrieb von Parteiliteratur. Herausgabe von graphischen Kunstblättern, Kalligraphie und Plakatkunst. Herstellung von Geschäftsdrucklochen. Handel mit Belieferung der Behörden und Parteiorganisationen mit Artikeln, die im Parteibetrieb notwendig sind. Anklärung und Verschärfung mit Verbänden, die sozialistische Reformen anstreben. Beteiligung an öffentlichen Wettbewerben und Uebernahme der Aufträge von Kunstausträgen an staatliche und andere Institutionen.

Unsere Genossenschaft dient dem Ausbau und der Förderung sozialistischer Ideen und ruft die Künstler und Schriftsteller zur Arbeit auf.

Die genossenschaftlichen Anteile sind auf 20 M. festgesetzt; der Zahl der Anteile sind keine Schranken gesetzt.

Beitrittsbedingungen sind zu richten an den Schriftsteller Friedrich Ratteroth, Berlin-Steglitz, Kommissarstr. 24.

Notizen.

Ein Hauptwerk Hugo Arnolds, das eine Arbeiterfamilie darstellt, ist neuerdings der Gedächtnis-Ausstellung in der Berliner Sezession aus Privatbesitz einverleibt worden.

Vorträge. Ludwig Hardt spricht nicht, wie irrthümlich angehängt, am 2., sondern Montag, 3. März, in der Berliner Sezession noch einmal seine. — Am 6. März, etwa 7½ Uhr, spricht Gustav v. Kell im Theaterpark über „Vom Naturismus bis zum Tango“. Richtiger Vortrag mit Musikbeispielen und Vorführung moderner Tänze.

Ludwig Geiger wird von der „Genossenschaft für Theatergeschichte“, deren Vorsitzender er war, am 2. März mittags im Theaterpark durch eine Gedächtnisfeier geehrt werden.

Nationalversammlung zu Weimar

Beginn der Verfassungsdebatte. — Beschränkte Redezeit.

17. Sitzung, Freitag, 28. Februar 1919, früh 10 Uhr.

Am Regierungstische Scheidemann, Schiffer, Roste, Preuß, Wissell, Landberg, Bauer, David u. a. Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten.

Unter den Einläufen befinden sich Proteste gegen die im mittel-deutschen Braunlobenrevier begangenen schweren Ausschreitungen. Aus Nürnberg ist ein Protest der nordbayerischen Presse gegen den Terrorismus eingegangen, der den Zeitungen zum großen Teil das Erscheinen unmöglich gemacht hat.

Zur Verhandlung steht zunächst die Interpellation der Deutschen Nationalen wegen der Verletzungen der im Waffenstillstand vom 18. Februar 1919 angenommenen Demarkationslinie durch die Polen.

Ministerpräsident Scheidemann erklärt, daß die Reichsregierung zur Beantwortung bereit ist und sich über den Termin mit dem Präsidenten verständigen wird.

Die dritte Beratung des Entwurfs eines Übergangsgesetzes wird auf Vorschlag des Präsidenten auf morgen verschoben. — Das Haus wendet sich nunmehr zu der ersten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs.

Präsident Lehrenbach teilt mit, daß der Senatskonvent beschlossen hat, dem Hause zu empfehlen, daß von jeder Fraktion zwei Redner zum Worte gelangen, die Redezeit aber auf eine Stunde beschränkt werde. Das Haus ist damit einverstanden.

(Die Sitzung dauert fort.)

Akkordarbeit — Mordarbeit?

Auch ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In anerkannter Weise bemüht sich Genosse Erwin Barth um die Lösung des Arbeitslosenproblems. In dem trefflichen Artikel „Was jetzt getan werden muß!“ wies er in Nr. 54 des „Vorwärts“ auf die Notwendigkeit des Handelns hin. Im Artikel „Praktischer Sozialismus“ (Nr. 77 des „Vorw.“) machte er weitere Vorschläge. So sehr ich mit den Ausführungen im erwähnten Artikel einverstanden bin, um so mehr habe ich gegen seinen neuen Vorschlag Bedenken, denen ich im nachstehenden Ausdruck geben möchte.

Darin stimme ich mit Genossen Barth überein, daß mehr Initiativkraft zur Lösung des Arbeitslosenproblems erforderlich ist. Auch sein neuester Vorschlag erscheint mir der Erwägung wert. Wogegen ich mich wenden möchte, ist jedoch die Art der Ausführung.

Genosse Barth schreibt: „Die Akkordarbeit ist leibhaftig!“ und befürwortet dann eine andere Wiedereinführung des Akkordsystems, die viel schlimmer ist als alle dem Einzelarbeitslosen nachgesagten Schäden. Was er verlangt, ist Gruppenakkord, und wenn Akkordarbeit jemals zur Mordarbeit werden kann, so trifft dies im größten Maße auf die vorgeschlagene Regelung zu. Das soll nachstehend begründet werden.

Der Vorschlag Barths geht dahin, den Arbeitslosen als Unternehmungsgehilfen Arbeit im Akkord zu übertragen. Was folgt daraus? Nichtig ist, daß damit eine Form der Vergütung geschaffen wird, die in genauem Einklang mit der wirklich geleisteten Arbeit steht. Ebenfalls gibt es dabei keinen Privatunternehmer, der den Arbeitern den Mehrwert abnimmt und sich unerschöpflich bereichert. Auch trifft zu, daß jeder Beteiligte angereizt wird, seinen Mitarbeiter im engeren Interesse zu bester Anstrengung bei der Arbeit anzuhalten. Darin liegt aber der Nachteil dieses Systems. Falls es dabei zu einem einzelnen Arbeiter, der in der Gruppe in seiner Arbeitsleistung erreicht, ist schlimm daran. Er hat die meisten seiner Mitarbeiter gegen sich. Handelte es sich bei dem Betreffenden bloß um Faulheit oder bösen Willen, dann wäre dagegen und gegen seine Entfernung nichts einzuwenden. Wie aber, wenn ein Arbeiter darunter ist, der trotz besten Willens nicht mithinkommen vermag? Die Feindschaft der meisten anderen ist ihm sicher, und wird er schließlich ausgeschlossen von der Arbeit, soll er auch noch durch Entzug der Arbeitslosenunterstützung dafür bestraft werden, daß er wohl guten Willen zur Arbeit hatte, aber nicht befähigt war, daselbe wie die anderen zu leisten. Man würde nicht ein, daß Letztere auf Schwächere Rücksicht nehmen würden. Jeder ist sich selbst der nächste, und der Leistungsfähige wird nicht geneigt sein, dem Schwachen es werden zu lassen, daß er, weil er denselben Lohn erhält, einen Teil zu unrecht bekommt. Selten wird auch anerkannt werden, daß der schwache Arbeiter seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, sondern fast stets wird ihm böser Wille nachgesagt werden. Daß aber bei der großen Arbeitslosigkeit vielfach auch Arbeitslose Arbeiten annehmen, zu denen sie nicht geeignet sind, ist wohl klar.

Die Richtigkeit meiner vorstehenden Ausführungen kann ich aus eigenen Erfahrungen erhärten. Als russischer Kriegsgefangener habe ich derartige Gruppenakkordarbeit mitgemacht.

Der Verfasser sei nun ausdrücklich an mehreren Beispielen auseinander, wie er — der schweren Arbeit ungewohnt — tatsächlich in eine schiefe Lage gegenüber seinen Akkordgenossen kam, die mehr als er zu leisten vermochten, und wie Ungleichheit und Zwietracht deswegen entstand. Dann fährt er fort:

Aus dem Dargelegten ersieht man, daß solche Arbeitsweisen nicht so einfach und manchmal, ja meistens, für die Arbeiter ein unerträgliches Joch sind. Soll die Arbeitsfähigkeit gehoben werden, dann ist es schon besser, lieber beim Einzelakkord zu bleiben; denn dann bekommt jeder den wirklich verdienten Lohn. Er hat mehr Freiheit in der Arbeit und keinen anderen Antreiber als sich selbst, kann auch sich mit seinen Arbeitskollegen besser verständigen, weil ihnen es gleichgültig bleibt, ob er viel oder wenig verdient. Wer dann mehr aus seinem Körper herauszubolen versucht, als ohne Schädigung seiner Gesundheit möglich ist, hat es dann allein zu verantworten. Im allgemeinen bin ich der Meinung, daß Akkordarbeit (d. h. Einzelakkord) nicht Mordarbeit ist, halte aber diese Bezeichnung für Gruppenakkord, wie Genosse Barth ihn vorschlägt, für richtig. Kann daher kein anderer Ausweg zur Erreichung des Zwecks, die Arbeiter an der Arbeitsleistung zu interessieren, gefunden werden, dann lieber Einzelakkord, niemals aber Regelung durch Gruppenakkord!

H. P a d h a u s.

Wir verschließen uns den hier geltend gemachten Bedenken keineswegs. Ob bei den Notstandsarbeiten sich überall Einzelakkord durchzuführen lassen, ist zweifelhaft. Man wird vielfach Akkordgruppen bilden müssen. Aber man wird natürlich dabei die notwendigen Sicherungen für den Schutz der zwar willigen, aber nicht völlig leistungsfähigen Arbeitslosen treffen müssen. Das kann sehr leicht dadurch geschehen, daß bei der Gruppenbildung darauf geachtet wird, daß in jeder Gruppe immer möglichst gleichwertige Arbeiter zusammengefaßt werden.

Die Akkordarbeit war Geh- und Mordarbeit solange sie für den persönlichen Vorteil eines privaten Unternehmers geleistet wurde. Sobald der reine Arbeitsvertrag ohne Rest den Arbeitern selbst zusteht, sobald diese allein die Nutznießer ihrer intensiveren Arbeitsleistung sind, verliert sie ihren Schrecken. Denn unter diesen Bedingungen ist sie ein Stück Sozialismus.

Groß-Berlin

Muß das sein?

Man schreibt uns: Eine unnötige Erklärung der Belieferung Berlins mit Lebensmitteln ist seit einiger Zeit im Eisenbahnbetriebe eingetreten. Seit längerer Zeit liefern ich aus Caruth, wo ich eine Wurstfabrik betreibe, Rohwürstwaren per Eilzug nach Berlin. Bei der letzten Sendung solcher Wurstwaren wurde mir bei der Aufgabe der Eilfahrt der Bescheid, daß der Angahler Bahnhof, der für mich die Bestimmungsstation ist, auch für den Versand von Lebensmitteln gesperrt sei und daß das Eilgut daher nach dem Potsdamer Güterbahnhof zu senden sei. Durch diese bössartige Neuerung wird der Transport der verderblichen Waren verzögert. Trotzdem ich das Eilgut am 19. d. M. mittags aufgegeben habe, war es nach zwei Tagen infolge der Umbringung auf dem Potsdamer Bahnhof noch nicht eingetroffen.

Wir sind der Ansicht, daß es dringend nötig ist, wenigstens für Lebensmittel-Eilgut alle Güterbahnhöfe zu öffnen. So glänzend ist die Ernährung in Berlin doch wirklich nicht, daß auch nur auf das kleinste Quantum, das herein kommt, verzichtet werden kann.

Keine Vermehrung der Renntage.

Amlich wird gemeldet: Eine Sportkorrespondenz verbreitete die Nachricht, die neue Regierung habe eine Vermehrung der Renntage gegen das Vorjahr zugestimmt. Soweit es sich hierbei um Preußen handelt, ist diese Nachricht völlig aus den Fingern gezogen. Das Landwirtschaftsministerium hat betreffs der Abhaltung der Rennen und der Zahl der Renntage im kommenden Jahre infolge der mannigfaltigen Schwierigkeiten auf den verschiedenen Gebieten unseres Wirtschaftslebens endgültige Entscheidungen noch nicht gefaßt. Eine Vermehrung der Renntage gegen das Vorjahr kommt keinesfalls in Frage. — Wir zweifeln nicht, daß bei der Prüfung der Frage auch erwogen wird, ob nicht durch den Rennsport, für den sich nicht nur Kriegsgewinn, sondern auch sehr viele Arbeiter und kleine Leute interessieren, dem Staat erhebliche Einnahmen und durch die Instandsetzungs- und Erweiterungsbauten auch Arbeitsgelegenheit geschaffen würden.

Eisenbahnskandal wider Zeitungshändler.

Der Zeitungshandel wurde von der Eisenbahnverwaltung, wie wir in Nr. 67 meldden, vor dem Stettiner Bahnhof dadurch erschwert, daß sie von dem ihr noch gebührenden Vorplatz die fliegenden Händler wegwis. Jetzt schreibt uns die Eisenbahnverwaltung Berlin, sie wolle keineswegs formalen Gebrauch von ihrem Eigentumsrecht machen, sondern sei bereit, auf der Insel des Vorplatzes etwa sechs Zeitungshändler wieder zuzulassen. Voraussetzung sei, daß diese nicht Stände errichten, sondern nur aus der Hand verkaufen. Von einer kleinen Anerkennungsgeldgebühr werde die Eisenbahnverwaltung wohl nicht absehen können, weil sie im Interesse des Verkehrs die Zahl der Zeitungshändler bestimmen wolle. Hierzu stellen wir fest, daß man gerade die aus der Hand verkaufenden fliegenden Händler wegweisen und einen Tag für Tag seinen Verkaufstand aufstellenden Händler geduldet hat. Von fliegenden Zeitungshändlern eine Anerkennungsgeldgebühr zu fordern, ist selbst auf dem noch dem Eisenbahnskandal gebührenden Vorplatz durchaus unberechtigt, und auch die angebotene Rücksicht auf das Verkehrsinteresse dürfte das nicht rechtfertigen. Den Verleger haben sie bisher nicht gebindert, was es aber an dieser Stelle doch mal zu viele werden sollten, so würde sich das sehr bald von selber korrigieren, weil ja dann der Verdienst sinkt und die Ueberzahligen anderwärts Käufer finden. Abgesehen von dem noch bestehenden Eigentumsrecht des Eisenbahnskandal, das längst auf die Stadt übergegangen sein sollte, unterscheidet sich der Vorplatz in nichts von Straßen (s. d.), und es dient wie dieses schon seit einer langen Reihe von Jahren ungeschmälert dem Straßenverkehr. Da steht nur noch, daß auch die Stadtgemeinde für die Benutzung ihres Straßenlandes die fliegenden Händler und schließlich wohl gar jeden Straßenpassanten durch eine „Anerkennungsgeldgebühr“ schröpfelt.

Reaktionäre Raskeklatsch-Propaganda.

In den Kreisen der „gutbürgerlichen“ Damenwelt zirkuliert seit einiger Zeit folgender Aufzug:

„Eingabe an die Deutsche Nationalversammlung. Die unterzeichneten deutschen Frauen aller Stände und aller Parteien wenden sich, im Bewußtsein ihrer neuen Rechte und Pflichten, einstimmig an die Deutsche Nationalversammlung mit dem Wunsch: Die erste Tat des deutschen Volkstaates sei die Erfüllung einer Ehrenpflicht des deutschen Volkes: Gewährung einer im Schutze der rechtmäßigen deutschen Regierung gesicherten Heimat, im Vaterland, für den früheren Kaiser. — Unterzeichnet ist der aus Steglitz vorliegende handschriftliche Aufzug u. a. von Frau Bürgermeisterin Budrow, Frau Regierungsrat Vogt, Frau E. v. Borde, den Frauen diverser geheimer und gewöhnlicher Rechnungsräte nebst ihrem Hauspersonal. — Es handelt sich also wieder einmal um die Inszenierung eines neuen reaktionären Nummels ganz im Stile des 48er: „Komme doch, komme doch, Prinz von Preußen, komme doch, komme doch nach Berlin“. Unsere neue deutsche Regierung wird natürlich nicht ermangeln, im Falle des Erscheinens des so pöpslich verschundenen und wieder so schamlos erworteten „Obersten Kriegsherrn“ in Deutschland auch noch ein kräftiges Wort mitzusprechen.“

Das Loß der Pflegerinnen.

In einer Zuschrift an uns werden bittere Klagen der Pflegerinnen erhoben. Es wird ausgeführt, daß doch die Absolvierung einer guten Volksschule zur Erlernung der Krankenpflege eine ausreichende Grundlage geben müsse; es werden aber vielfach Sprachkenntnisse gefordert, die doch in den allgemeinen Krankenhäusern zu allererst nicht gebraucht werden. Ein schweres Unrecht ist auch die Zulassungsbedingung des „einwandfreien Lebenswandels“ im geschlechtlichen Bezugs; als ob das mit der beruflichen Tätigkeit irgend etwas zu tun hätte. Viele Pflegerinnen, die im Felde treu ihre Pflicht erfüllt haben, werden jetzt juristisch gestellt und vorgezogen werden ihnen solche, die die 60 Mark monatlich für den Verluar in einer Privatanstalt aufrufen und das Zeugnis erwerben konnten. Endlich besteht eine Verfügung, wonach alle Pflegerinnen, welche vor dem Jahre 1908 (wenn in der Pflege tätig waren, auf Ersuchen die staatliche Anerkennung erlangen. Sollte es nicht möglich sein, daß eine Pflegerin, welche eine bestimmte Zeit an Jahren ihren Beruf ausübt, ebenfalls die staatliche Anerkennung erlangen kann? Man sollte denken, daß eine Pflegerin, z. B. in der Kinderpflege, welche eine mehrjährige Pflegezeit nachweisen kann, doch wohl mehr Erfahrung besitzt als eine, welche nur ihren halbjährigen Kursus hinter sich hat.

Neuer Kommunistenputsch in Spandau beabsichtigt.

Hier haben gestern in sechsundvierzig Sitzung die Vertrauensleute sämtlicher Staatsbetriebe beschlossen, vom Mittwoch, den 5. März ab für Spandau den Generalstreik zu erklären zur Unterstützung der Bewegung in West- und Mitteldeutschland. Der Sturz der Regierung soll verlangt und die Nationalversammlung einander ausgesprochen werden. Die Sabotage gegen die Regierung an allen Plätzen, wo sie Gewalt angewendet hat, wurde empfohlen. Es wurde für die Beibehaltung der K. und S.-Kasse gestimmt und die Einrichtung des kommunistischen Staates sowie die Öffnung der Kirchen zu öffentlichen Versammlungen verlangt.

Der Generalstreik soll in allen städtischen und staatlichen Betrieben durchgeführt werden. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk sollen gleichfalls ruhen, andernfalls Gewalt angewendet wird.

Fleischmangel in Sicht.

Zur Magistat teilt folgendes mit:

Die Fleischbelieferung Groß-Berlins ist infolge ungünstiger Lieferungen von außen her auf das ernsthafteste bedroht. Weil die Lieferungen schon in den letzten Wochen nicht genügt, haben die Metzereibetriebe der Groß-Berliner Gemeinden an Gefrierfleisch in umfangreicher Weise angegriffen werden müssen. So hat Berlin allein in der letzten Woche aus seinen Beständen nicht weniger als 900 000 Pfund Gefrierfleisch, das ist fast die Hälfte des gesamten Wochenbedarfs, entnommen. Wenn diese Bestände sich nur noch eine Woche fortplant, so sind die Bestände erschöpft und eine ausreichende Belieferung der Verbraucher nicht mehr möglich. Die Groß-Berliner Metzerei hat sich daher mit den dringlichsten Vorstellungen an das Reichs- und Provinzialnahrungsamts und die Reichs- und Landesfleischstelle gemandt.

Offensichtlich finden die Befürchtungen des Berliner Magistrats an leitender Stelle Gehör. Es wäre doch sonst ein toller Zustand, daß vor kurzem die Fleischration der fehlenden Kartoffeln halber erhöht wurde und jetzt fehlt das Fleisch.

Vorläufig keine Neuwahl der Stadtmagistrate.

Eine Korrespondenz berichtet:

Das in den letzten Tagen wiederholt aufgetauchte und weitverbreitete Gerücht, daß in Anbetracht der erfolgten Neuwahlen der Stadtparlamente, in Groß-Berlin und im Reich, eine teilweise Auflösung und eine Neuwahl auch der Magistratskollegien von der Regierung beabsichtigt sei, befähigt sich nicht. Wie die „Neue Zeit“ in Charlottenburg aus dem Ministerium des Innern bestimmt erfährt, beabsichtigt die Regierung für die nächste Zeit nicht eine Auflösung und Neuwahl der Magistratskollegien im Reich und besonders in Groß-Berlin durchzuführen, da eine solche Neuwahl zweier Körperschaften die Gemeindeverwaltungen einer großen Anzahl mit den Kommunalaufgaben seit langer Zeit vertrauter und bewährter Kräfte berauben würde. Es haben allerdings in den letzten Tagen Besprechungen im Ministerium des Innern stattgefunden, aus deren Ergebnis obiger Beschluß anzusehen sei.

Wir können die Richtigkeit dieser Meldung nicht nachprüfen, halten es aber doch für notwendig, auszusprechen, daß an der Spitze der Kommunalvertretungen, die eine sozialdemokratische Mehrheit aufweisen, auch ein sozialdemokratischer Magistrat steht. Wenn das noch der noch geltenden Städteordnung nicht möglich sein soll, so werden die sozialdemokratischen Stadtverordneten die unbesoldeten Magistratsvertreter auffordern müssen, ihr Mandat niederzulegen.

Die Kohlennot in den Heilanstalten.

schänkt ein Brief eines Pflinglings der Lungenheilstätte Weisig. Infolge Kohlenmangels sank an den kalten Tagen mit einer Außentemperatur von 10—12 Grad unter Null die Temperatur seines Zimmers auf nur noch 4 Grad über Null. Dabei mußte er an Abend tolle Kreuzen und am Morgen kalte Abreibungen über sich ergehen lassen! Er meint, daß durch diese Zustände seine Krankheit verschlimmert worden ist. Das glaubte er auch den Anweisungen des Arztes entnehmen zu sollen. Dieser riet selber zu einem vierzehntägigen Urlaub im eigenen Heim. Viele Pflinglinge befolgten seinen Rat mit Freude und fuhrten nach Hause. Leider wird aber mancher es da nicht besser angetroffen haben.

Auf der Arbeitsuche

geriet ein heimgekehrter Kriegsteilnehmer auch an den Berliner Magistrat. Nach einer Woche erhielt er als Antwort auf sein Bewerbungsgesuch einen gedruckten Brief mit diesem Bescheid: „Zurzeit können nur Bewerber berücksichtigt werden, die vor Ausbruch des Krieges bereits in der städtischen Verwaltung gearbeitet haben und infolge ihrer Einberufung zum Heeresdienst aus dem städtischen Dienst ausgeschieden sind. Ihr Gesuch wird daher wieder beigelegt.“ Der Bewerber wußte nun in einer Zuschrift an uns die Frage auf, wann die geplante Entlassung der weiblichen Hilfskräfte aus dem Bureau der Volkskommission der Bezugsstellenstellen usw. durchgeführt werden wird. Dann werde es möglich sein, auch viele derjenigen stellenlosen Kriegsteilnehmer unterzubringen, die — ebenso wie die Bureauangestellten — nicht schon vor Kriegsausbruch im Dienste der Stadt tätig waren. Er selber, der lange genug Bureauarbeit gemacht hat, aber der Anstellung in einem Bureau nicht würdig befunden worden ist, verdient jetzt mitgebrungen sein Brot als — Hofarbeiter.

Geraud mit dem Bargeld!

Der Gen. Runge schreibt uns: Unter dieser Ueberschrift wird in Nummer 106 des „Vorwärts“ Bezug genommen auf die Zustände, die bei der Deutschen Planfabrik, Velleallianzstraße, feinerzeit geherrscht haben sollen.

Als damaliger Bevollmächtigter des Schneiderverbandes habe ich vor etwa 2 Jahren mich der Sache angenommen und die Angelegenheit zur Erledigung vor die Schlichtungskommission gebracht. Neben etwa 70 Mitgliedern des Verbandes habe ich noch etwa 600 Frauen, die vor der Schlichtungskommission Klage erhoben hatten, mit vertreten. Es ist damals von der Schlichtungskommission festgestellt worden, daß von der auftraggebenden Militärstelle Vorschriften über den Stücklohn nicht erlassen waren. Die Garnlieferung war ebenfalls nicht vorgeschrieben, wie das später vom Ingenieurkomitee geschah. Da die Lohnbestimmungen des Ingenieurkomitees erst später Geltung erlangten und die Deutsche Planfabrik damals bereits keine weiteren Aufträge mehr ausführte, so kamen die Lohnvorschriften des Ingenieurkomitees für die bei der Planfabrik Beschäftigten leider nicht in Betracht. Aus diesem Grunde erfolgte auch die Abweisung der Klägerinnen. Trotzdem hat die Planfabrik einen größeren Betrag gezahlt, bei dem aber zur Bedingung gemacht wurde, daß er nicht den Klägerinnen sondern bedürftigen Mitgliedern des Verbandes als Unterstützung gewährt werden sollte. Selbstverständlich durfte auch an bedürftige Klägerinnen, soweit sie Mitglieder des Verbandes waren, eine Unterstützung gezahlt werden, was auch geschehen ist.

Ich möchte dieses zur Aufklärung des Sachverhaltes mitteilen, damit nicht Falschungen erwidert werden, die auch der Arbeiter- und Soldatenrat nach Lage der Sache nicht erfüllen kann.

Zweitesmal. „Madame D'Or“ von Johannes B. Jensen ist das Hauptstück des neuen Programms, das Freitagabend zur Aufführung gelangt. — Ein dreiteiliges Rätsel „Am Leben nebenan“ folgt. — Ein neues Bild „Charles' gerodhener Liebesroman“ vervollständigt den Spielplan.

Der Ingenieur Georg Runder, Velleallianzstr. 29, bittet um mitzutheilen, daß er mit dem im letzten Sparatalsprozeß genannten Angeklagten gleichen Namens weder identisch noch verwandt ist.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Nachholg. Auf Abschnitt 25 1/2, Vb. Reichste (60 Pf.).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Spandau. Heute, Freitag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr bei Marandi („Zum Gelbstrug“) und Jubiläumsturnhalle, Politische: „Essentielle Wählerparlamenten. Tagesordnung: „Aufzur Stabesordenetenwahl“. Referenten: G. Dittmer und Kinfinger.

Veranimator für Politik: Kaiser Jäger, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Politischen: Alfred Sachs, Reinick: für Ereignisse: Theodor Gode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. u. H. S., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., in Berlin, Unter den Eichen 7.

Briefkasten der Redaktion.

Leber für den Briefkasten bestimmten Anträge... 1. Da das Generalkommando... 2. Da, sofern Sie nicht früher... 3. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 4. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 5. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando...

forhern - S. 6. 15. Soweit Ihre unzureichende Darstellung... 1. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 2. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 3. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando...

Senden Sie sich nochmals an den Truppenteil... 1. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 2. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando... 3. Da, wenn Sie einen Antrag beim Bezirkskommando...

Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Addier-Maschinen. Leipzig, Leipziger Straße 23. Cosmos.

Harmonium, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte. Potsdamer Str. 67.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß Friedrichstr. 125. Oranienburg.

Verkäufe, neue moderne Strohhutformen und Blumen, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Möbel, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Kaufgesuche, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Verkäufe, neue moderne Strohhutformen und Blumen, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Möbel, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Kaufgesuche, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Verkäufe, neue moderne Strohhutformen und Blumen, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Möbel, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Kaufgesuche, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Verkäufe, neue moderne Strohhutformen und Blumen, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Möbel, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Kaufgesuche, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Verkäufe, neue moderne Strohhutformen und Blumen, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Möbel, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.

Kaufgesuche, Kriegaanleihe, Gitarrezithern, Sektkorke, Weinkorke, Kupferdrähte.